

XVII.

Aus der österr. deutschen Zeitung.

Wien. Städtisches.

Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Vormittagsitzung vom 21. Juni. Die Mehlschleifer in Neulerchenfeld klagen, daß die Bäcker das fremde Brot, welches größer und schöner sei, wenn sie es verkaufen wollen, konfiszieren. Sie bringen die Muster von beiden Brotgattungen, wovon das fremde nicht nur größer, sondern auch weißer und schmächter ist, als das Wiener; da das Brot außer der Sazung gebaden ist, und solches Brot zu verkaufen nach dem Gesetze Niemanden verboten, so wird beschloffen, eine Kommission zu ernennen, welche sich mit der einschlagenden Behörde besprechen und den Mehlschleifern im Nothfalle Schutz verleihen soll. Dr. Fest hat den Ausschuß gebeten, da er bei Verleihung der Assistentenstelle trotz der nachgewiesenen Verdienste übergangen worden, seinen deshalb gestellten Rekurs an den Minister zu unterstützen. Der Ausschuß hatte dieses dem Juristen Schneider zur Untersuchung übergeben; der nun in seinem Referate darüber darauf antrug, bei dem Ministerium darauf zu dringen, da nur Beamte durch legale Dokumente, die ihre Verdienste nachweisen, zu empfehlen sind, die Gründe anzugeben, warum der Konkurrent des Dr. Fest bevorzugt worden. Zellkamp glaubt, man beleidige dadurch den Referenten. Wesseli sagt, es dürfe ihn nicht beleidigen. Diese Herren dürfen nicht mehr wie bloße Maschinen sein, die nur ja sagen; wir brauchen gestannungsstüchtige Leute; man möge daher ansuchen, daß auch in Zukunft bei jedem Bescheide die Gründe angegeben werden. Wird angenommen. Heller stellt den Antrag, beim Ministerium um Kollektivwahlen für die Wahlmänner der ganzen Stadt Wien anzusuchen, es sei dieses eine Konsequenz des Rechtes, die Wahlmänner aus der ganzen Stadt wählen zu dürfen. Eckart will bloß relative Majorität. Freund behauptet die Unmöglichkeit eines solchen Skrutinums, es müßten zu viele Namen vorkommen, denn es seien 1650 Wahlmänner zu wählen. Eckart sagt, man würde nie enden; ohne allgemeines Skrutinium sei das Recht, den Wahlmann aus der ganzen Stadt zu wählen, illusorisch, da schwer ein Wahlmann durch Zersplitterung der Stimmung eine Majorität in einem Wahlbezirk erlangen würde. Goldschmid sagt, daß sei unmöglich, weil in diesem Augenblicke bereits Wahlen stattfinden, diese müßten daher dagegen protestieren; denn annulliren könne außer dem Reichstage selbst Niemand eine Wahl, weder der Kaiser noch die Minister hätten dazu ein Recht. Es wird auch dieser Antrag abgelehnt. Eckart entwickelt einen neuen Antrag, daß nämlich alle Wahl-

männer an einem Orte zusammenkommen und vereint die 15 Deputirten der Stadt Wien wählen sollten. Die Urwähler aber sollten auf den Gallerien zugegen sein. Zellkamp unterstützt den Antrag, weil der Wahllast abgekürzt und Doppelwahlen verhindert würden. Heller glaubt darum für den Antrag sein zu müssen, weil die ganze Stadt Wien und mithin alle Deputirten derselben für die Errungenschaften Wiens einstehen müssen; dieses können sie nur, wenn sie aus der Gesamtbevölkerung hervorgehen. Ein Ausschusmitglied glaubt, daß dadurch die Kandidaten der Liberalen Schaden leiden würden, weil in der Stadt die Majorität konservativ sei; vermenge sich diese nun mit der Minorität in den Vorstädten, so werden nur konservative Deputirte gewählt. Andere meinen, die Majorität sei nicht gewiß konservativ in der Stadt. Ehrlich glaubt, es sei dies eine ähnliche Anomalie, wenn man die 15 Bezirke zusammenwerfen wollte, als ob man die Wahlmänner der ganzen Monarchie zusammenwerfen wolle.

Eckart glaubt, daß die Majorität der Vorstädte mit der Minorität der Stadt stimmen würde, wodurch durchgehendes liberale Wahlen erzielt würden. Bei der Abstimmung durch Händeaufheben wird beinahe Gleichheit der Stimmen bemerkt. Da behauptet wird, es hätten fremde, nicht zum Ausschusse gehörende und zufällig anwesende Personen mitgestimmt, wird auf nochmalige Abstimmung gedrungen, wobei jedes die Hand aufhebende Mitglied auch seine Legitimationskarte vorzeigen soll. Abermals wird Gleichheit der Stimmen bemerkt. Heftige Bewegung, die sich immer steigert. Man lärmt und tobt von allen Seiten. Der Präsident schwingt vergeblich die Klingel. Nachdem sich der Lärm gelegt hat, erklären drei Mitglieder, sie wären im Augenblicke der Abstimmung in den Saal getreten und hatten geglaubt, es handle sich bloß darum, daß jedes Mitglied seine Karte zeige, haben aber nicht gewußt, daß es sich um eine Abstimmung handle. Es ward daher nochmals mit Namensaufruf gestimmt und Eckarts Antrag angenommen. Der Lärm bricht von Neuem los. Ehrlich geberdet sich wüthend und wird zurecht gewiesen. Der Ingenieur am Wienerberge meldet, daß er nicht kleine Münze habe, um seine Leute auszuzahlen, und bittet daher, sein Gesuch an die Bank, ihm mehr als 25 fl. zu wechseln, zu unterstützen. Wird angenommen. Der Staatsanwalt hat dem Ausschusse Vorstellungen bezüglich des Plakats: „Kreuzzug gegen die slavischen Neuchelmörder,“ gemacht. Inhauser glaubt, man solle nicht dulden, daß Kreuzzüge gegen eine im Staate wohnende Nation gepredigt werden. Es wird be-

schlossen sich in Angelegenheiten der Presse nicht zu mischen; der Staatsanwalt möge in jedem Falle nach Belieben verfahren.

Abend Sitzung vom 21. Juni. Schiel erzählt, daß die Liste der Kandidaten, welche sich beim Ausschusse gemeldet, in der Wiener Zeitung derart veröffentlicht worden, als ob diese Alle vom Sicherheits-Ausschusse empfohlen worden, er protestirt gegen diese Veröffentlichung, so wie gegen den Namen Sicherheitsausschuß. Auch der Weg, wie diese Liste in die Hände der Zeitungsredaktion gelangt sei, ist ihm nicht der regelmäßige, daher in der Wiener Zeitung deshalb zu protestiren sei. Wird angenommen. Der Minister des Innern weist die Bitte um vereinigte Wahl aller Wiener Deputirten durch alle Wahlmänner Wiens zurück. Eckart führt Klage, daß einige Mitglieder, die Vormittags in der Minorität geblieben seien, zum Minister früher als die in dieser Angelegenheit gesendete Deputation des Ausschusses gegangen und ihn gegen die Bewilligung der Bitte gestimmt hatten; er nennt dieses ein perfides Verfahren und will, daß diejenigen, welche so gehandelt haben, erfragt werden sollen. Große Aufregung entsteht in der Versammlung; beinahe Alle, die in Minorität gestimmt, wollen wissen, wer diesen Schritt gethan, gegen den sie protestiren. Freund, der ebenfalls zu dieser Minorität gehört, will eine Rüge für die, welche in einer so unverantwortlichen, beinahe spionirenden Weise zum Minister hingegangen, und will, daß alle, die nicht dabei waren, sich nennen. Ehrlich und noch ein Ausschusmitglied erklären, hingegangen zu sein, aber nicht im Namen des Ausschusses, sondern in dem ihrer Kompagnien; man habe ihnen nicht zu protestiren erlaubt, habe sie mit ihrem Protest verläßt. Freund, der als Vizepräsident Vormittags den Vorsitz geführt, beruft sich auf die Ausschusmitglieder, daß er nie einen Protest zurückgewiesen habe. Schiel bedauert, die schmerzliche Erfahrung machen zu müssen, daß, je länger der Ausschuß bestehe, desto mehr der parlamentarische Takt desselben abnehme; zuverlässlich hat durch die Verhandlungen, wie sie seit einigen Tagen Statt gefunden, die Achtung des Ausschusses sich vermindert. Er nimmt keinen Anstand zu erklären, daß er, wenn er zugegen gewesen wäre, mit der Minorität gestimmt hätte. Jeder Deputirte habe seine Ueberzeugung auszusprechen; findet er sich damit gegenüber der Majorität noch immer nicht beruhigt, so kann er seinen Protest zu Protokoll geben; das sei schon oft geschehen, aber zum Ministerium zu gehen, finde er höchst unparlamentarisch. Wenn der von Einigen gethane Schritt eine Rüge verdiene, so sei sie durch die scharfen Worte, die hier gefallen, die er aber ebenfalls nicht sehr parlamentarisch findet, zur Genüge gegeben, die Versammlung möge um ihrer eigenen Würde wegen, sich mit der Aufnahme des Gegenstandes ins Protokoll begnügen, und dann zur Tagesordnung übergehen. Ehrlich, der sich dadurch entschuldigen will, daß drei Mal gestimmt wurde, und er im Namen der Kompagnie gegangen, erhält von Schiel die Antwort, daß er dadurch das Uebel nur vermehre, weil dadurch sein Protest den Charakter einer Klage annehme; wenn er im Namen der Kompagnie geht, so müsse diese befragt werden. Die Autorität des Ausschusses sei gefährdet, wenn eine Minorität hingeht, und über Ansuchen im Namen des Ausschusses Klage führt. Valentini glaubt die Majorität solle bei einer Abstimmung ihren Sieg nicht feiern, wie heute Vormittags, wo sie sich selbst applaudirte, ein solches Verfahren reizt. Dr. Schiel glaubt, die Majorität möge Großmuth üben. Graff glaubt ebenfalls, daß die hier gefallenen Worte schon eine Rüge seien, wenn die Mitglieder fortfahren, sich so in den Haaren zu liegen, werde der Ausschuß bald nicht mehr ehrenwerth sein. Radziwill glaubt, man möge den

zwei Herren nicht alle Schuld beimessen, auch Herr Julius Zerboni di Despoletti sei mit gewesen. (Schallendes Gelächter.) Ehrlich: Zerboni sei erst später, als sie schon beim Minister waren, dazu gekommen. Die Versammlung beschließt zur Tagesordnung überzugehen. Hierauf wird die Liste derjenigen Wahlkandidaten verlesen, die vom Ausschusse empfohlen werden, unter denen der erste Dr. Fischhof, (freudiger Ruf, der nicht enden will). Er dankt hierauf der Versammlung für diese Zuneigung, insbesondere, da er von den Czechen Drohbrieve erhalten, daß man ihn ermorden wolle. Seit dem 13. März habe er viel dergleichen Drohungen erhalten, werde deshalb aber doch nie aufhören, die deutsche Sache, die Sache der Freiheit zu vertheidigen. Die akademische Legion macht den Antrag, jene Mitglieder, welche Aufseher der Arbeiter abgeben sollen, vorzuschlagen. Bei dieser Gelegenheit ward das Aufsehen der Techniker-Inspizienten sehr getadelt. So sollen die Arbeiter einer Strohhutfabrik sämmtlich bei den öffentlichen Arbeiten eingezichnet sein, und täglich bloß beim Verlesen am Morgen und Abend erscheinen; sie sollen bei der letzten Versammlung der Inspizienten sehr anmaßend gewesen sein und eine Sprache geführt haben, als ob der Ausschuß sie befragen sollte, bevor er eine Anordnung in Bezug der Arbeiter erläßt. Auf Antrag Winwarers wird dieses der neuen Arbeitskommission überwiesen. Auch bezüglich des Holzdiebstahls im Prater wird geklagt. Inhauser will, daß der Eigenthümer jener Strohhutfabrik zur Rede gestellt werde, denn es könne ihm nicht unbekannt sein, wenn seine Arbeiter täglich in Masse die Werkstätte vor 6 Uhr verlassen. In Betreff des Holzes solle man der Sicherheitswache Befehl erteilen, den Diebstahl zu hindern und ihr Suffurs der Nationalgarde zusichern. Der Staatsanwalt übersieht eine Note, daß er sich wohl erscheinende Bücher und Zeitungen im Wege des Abonnement, aber nicht Flugchriften verschaffen könne. Aus einem Artikel des provisorischen Pressegesetzes glaubt er folgern zu dürfen, daß der Ausschuß sich solche anschaffen müsse, und will für sich von jeder Flugchrift ein Exemplar. Etwa entfallende Kosten will er zahlen. Wesseli: der Ausschuß sei kein Zensurkollegium, keine Polizei, diese könne solches durch die Sicherheitswache thun lassen. Freund glaubt, es solle von jeder Flugchrift ein Exemplar an den Staatsanwalt abgeliefert werden müssen. Dieses wird, als dem Prinzip der Pressefreiheit zuwiderlaufend und eine Selbstanklage vom Schriftsteller fordern, verworfen.

Dr. Inhauser glaubt, es sei Pflicht des Staatsanwaltes, die Pressevergehen aufzufinden, er müsse sie sich daher selbst suchen. Auch der Präsident meint, es stehen dem Staatsanwalt dieselben Mittel, wie dem Ausschusse zu Gebote, daher ihm zu bedeuten, daß sich der Ausschuß nicht in die Angelegenheiten der Presse menge. Der Kommissionsbericht über die Angelegenheiten der Deutschen in Böhmen wird verlesen. Er bespricht die Mittel, wie die Deutschen in Böhmen zu schützen seien und schlägt unter Andern auch vor, Böhmen durch ein Bundesheer besetzen zu lassen. Willner bemerkt, daß nur Zwangsmaßregeln, keine versöhnende Mittel vorgeschlagen seien. Dr. Lehner vertheidigt dies, er hält eine Philippica gegen die Czechen und hält Windischgrätz für den einzig möglichen Schutz der Deutschen in Prag. Willner sträubt sich gegen Terrorismus und wirft den Deutschen Prags Feigheit vor. Ohne Resultat über diesen Gegenstand wird die Sitzung, da es schon spät Abends ist, aufgehoben.

Bei der Sitzung vom 22. Abend sind so wenige Mitglieder gegenwärtig, daß nicht die statutenmäßig erforderliche Zahl zur Fassung eines rechtsgiltigen Beschlusses anwesend ist.

Vormittagsitzung vom 23. Juni. Eine Deputa-

tion von Nationalgarden bittet, das Ministerium um ein allgemeines Skutrin für die Wahlmänner Wiens anzugehen, weil sonst die Konzeption, die Wahlmänner aus der ganzen Stadt Wien zu wählen, illusorisch wäre, da die Stimmen sich zersplittern würden; man möge das Skutrin so weit ausdehnen, als man Wahlmänner nehmen kann. Dieser Antrag wird aus mehreren Gründen nicht angenommen, weil nämlich eine Majorität zu erzielen kaum möglich wäre, jeder Urwähler 1650 Wahlmänner aufschreiben müßte, endlich eine Aufregung dadurch hervorgebracht werden möchte, daß diejenigen Distrikte der Stadt, welche bereits Wahlmänner ernannt, Protest einlegen würden, da sie unter den frühern mehr beschränkten Bestimmungen, um die Stimmen nicht zu zersplittern, meistens aus dem Distrikte wählten, eine vorgenommene Wahl aber nur durch den Reichstag annullirt werden kann. Dagegen wurde der Antrag, daß alle Wahlmänner zusammentreten und vereint die 15 Deputirten Wiens in Gegenwart der Urwähler wählen sollten, mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und beschloffen, sich deshalb nochmals an's Ministerium zu wenden. Dr. Goldmark, der von der Mission nach Frankfurt am Main zurückgekehrt ist, kommt in den Ausschuss und wird durch allgemeinen freudigen Zuruf empfangen. Er erstattet Bericht über die Lage der Dinge in Frankfurt, und daß die Absendung der Adresse dringend nothwendig gewesen sei, da die österreichischen Deputirten durch eine tiefe Kluft gespalten, die Schwarzgelben aber vorherrschend seien; einer habe ihm sogar geäußert, den 13. März wolle er noch anerkennen, den 15. Mai aber nicht. Ueber die Stellung der Parteien im deutschen Parlament berichtet er Folgendes: Die Rechte sei besonders vom Stock-Preußenthum okkupirt, an deren Spitze der Don Quirote der Neuzeit, Fürst Lichnowsky, steht. Nach ihnen ist in Deutschland keine Revolution vor sich gegangen, es sind bloß Reformen nöthig. Dies die Ultrakonservativen.

Das rechte Zentrum, ein Juste milieu, besteht aus den ehemals so berühmten liberalen deutschen Professoren. Es umfaßt den größten Theil der österreichischen Deputirten. Das linke Zentrum, von dem die äußerste Linke sich nur theilweise unterscheidet, unter Anführung Ruge's, steht auf revolutionärem Boden, und will volle Anerkennung der Volkssouveränität.

Für Wien seien in Deutschland die Sympathien allgemein. Man glaubt daselbst, daß die Bewegung alle Schichten durchdrungen habe. Hätte die österreichische Regierung dieses zu einer Zeit benützt, als der König der Mißverständnisse sich an die Spitze Deutschlands stellen wollte, so wäre Oesterreich der erste deutsche Staat. In Preußen mache sich jedoch das Junkerthum noch breit, mit Ausnahme der Grenzländer; aber auch dieses wolle innigen Anschluß an Deutschland, um dadurch seine ultrakonservativen Tendenzen durchsetzen zu können. Es ist bereits in Deutschland für konstatirt angenommen, daß mehrere kleine deutsche Staaten ihre Souveränität niederlegen und sich in einen Staat verschmelzen wollen. Nach der Ankunft der Deputation in Frankfurt hatte sich das Gerücht verbreitet, die österreichischen Deputirten seien zur Linken übergegangen. Die österreichischen Deputirten, zumeist die der Linken, hatten auch eine Adresse an das Wiener Volk überschickt, welche der Redner verlas. Seltsamerweise findet sich unter den Unterschriften auch der Name Sumaruga!!!, bei dessen Nennung weiblich geächelt wurde. — Valentin Jun. erstattet Bericht über die Deputation in Linz, wornach sie daselbst ziemlich lau empfangen worden sei. Die Linzer seufzen noch sehr unter dem Drucke der Beamten. Einigen, die Wivat riefen, als die Deputation ausstieg, sagte man: „Jetzt habt ihr Muth, weil die Wiener da sind,“ man starrte sie an, als wollte man sa-

gen: Sind das wirklich die furchtbaren Rebellen? Die Deputation hatte sich keineswegs Aufregung zu Schulden kommen lassen, vielmehr hatte sie eine Kagenmusik, die man dem Kommandanten der Nationalgarde, Graf Weisenwolf, hatte bringen wollen, hintertrieben. Besser war die Deputation in Steyr empfangen worden, wo ihr von allen Einwohnern ein herzlich entgegenkommen zu Theil wurde. Im ähnlichen Sinne berichtete Dr. Innhauser, mit dem Zusage, daß ein ihnen entgegengeschicktes Schiff Leute, um sie zu beobachten, enthielt. Bei ihrer Ankunft hatte der dortige Sicherheitsausschuss eine große Sitzung und das Militär war in den Kasernen konsignirt. Es wird auch beschloffen, dem Linzer Sicherheitsausschusse im gebührenden Tone zu antworten.

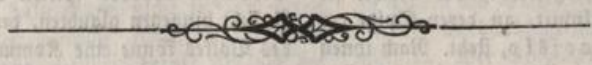
Bauern aus dem Viertel unter Wienerwald klagen, daß ihnen gesagt worden sei, sie dürften keine Bauern wählen, sondern man habe ihnen einen Wirtschaftsrath aufgedrungen.

Es wird beschloffen, ihren Protest zu unterstützen und deshalb eine Deputation an's Kreisamt zu senden. Eben so wird einem Bauern aus Skandek, von dem der Verwalter gesagt, er sei ein unruhiger Kopf und dürste daher nicht Wahlmann werden, auf seine Anforderung eine Kommission zur Erhebung dieser Thatfachen mitgegeben. Bereits am Abende früher war darüber eine Debatte entstanden, ob man dieser Kommission eine bloße Legitimation als Ausschussmitglieder oder eine spezielle Vollmacht für diesen Fall ertheilen soll. Die Vertheidiger der erstern Ansicht gingen von dem Standpunkte aus, daß der Ausschuss nicht in den Provinzen Behörde spielen dürfe. Die Vertheidiger der letzteren Ansicht hingegen glaubten, der Ausschuss als Wahrer der Rechte des Volkes könne eine Kommission absenden, welche den Thatbestand in Augenschein nehme, ohne daß sie darum als Untersuchungsbehörde aufträte; die Vollmacht solle nur dazu dienen, diese Kommission vor Angriffen von Seite der dortigen Beamten zu schützen. Diese Meinung wird von der Majorität angenommen, und die Kommission mit einer speziellen Vollmacht versehen. Der Gemeindevorstand von Langenlois bittet, sein Gesuch zu unterstützen, daß diejenigen Gemeindeglieder, welche vor einigen Jahren in einem Kriminalprozeß ab instantia entlassen worden, ihren Sitz wieder im Gemeindevorstand nehmen und in den Vollgenuß ihrer bürgerlichen Rechte eingesetzt werden dürfen. Es erheben sich einige Stimmen dagegen, als den bestehenden Gesetzen widersprechend. Umlaufst aber sehr auseinander, daß diese Ausschließung nur im Interesse der Gemeinde geschehe. Da nun die Gemeinde diesen Männern trotzdem ihr Vertrauen schenken will, so kann von diesem Gesetze abgegangen werden; daher auch die Unterstützung dieses Gesuches beschloffen wird. Allgemeine Indignation erregt eine anonyme Anklage gegen das Präsidium, als ob daselbst mit einigen Personen, die sich an dessen Sitz hindrängen, geheime Verständnisse habe. Ferner, daß dem Dr. Schiel bei seinen Gängen zum Ministerium noch ein Ausschussmitglied mitgegeben werden möchte. Schiel erklärt, daß er, so oft er eine Mission vom Ausschusse gehabt, nie allein zum Minister gegangen, bloß bei den neulichen Ereignissen in Prag sei er öfter privatim anfragen gewesen, ob keine neuern Nachrichten eingelaufen seien. Dr. Goldmark stellt den Antrag, dem Präsidium ein Vertrauensvotum zu geben, welches nebst dem Beschlusse, daß alle nicht dahin gehörige Individuen die Tribune räumen sollen, angenommen wird. Wilner stellt den Antrag, neuerdings eine Kommission niederzusetzen, welche ein Plakat verfassen soll, worin auf die Schädlichkeit der Wahlumtriebe hingewiesen werden möge. Zugleich soll dieselbe alle Wahlumtriebe genau anmerken, um sie dem Reichstage vorzulegen,

und das Ministerium angegangen werden, eine Strafe für solche, die sich Wahlumtriebe erlauben, festzusetzen. Goldmark glaubt: man möge solche Leute dadurch bestrafen, daß man durch Veröffentlichung ihrer Namen sie an den Pranger stellt. Willner meint: es kümmere die Egoisten wenig, ob sie gebrandmarkt werden; desto mehr aber fürchten sie materielle Strafen. Dr. Grub y will, daß bekannt gemacht werde, ein Jeder, der von Wahlumtrieben Kenntniß hat, möge sie bei dieser Kommission melden. Auf die Anfrage eines Mitgliedes, was Wahlumtriebe seien, erklärt Dr. Grub y: Alles, was die Freiheit der Wahlen störe, sei Wahlumtrieb. Der Antrag Willners wird zum Beschlusse erhoben. Jägermayer liest den Bericht der nach Prag gesendeten Deputation vor. Der Ausschuss votirt derselben seinen Dank für ihre Mühen, und beschließt, ihn durch die Wiener und Allgemeine österreichische Zeitung ferner noch in besonderen Abdrücken zu veröffentlichen. Dr. Schiel verliest eine Rechtfertigung der Wiener Zeitung wegen der unbefugten Einrückung der sogenannten ersten Kandidaten-

liste; findet aber diese Rechtfertigung sehr ungenügend und glaubt, nach mehreren Anzeichen behaupten zu dürfen, daß ihm diese entwendet worden sei. Es wird zur Untersuchung dieser Angelegenheit eine Kommission niedergesetzt.

— Der Ausschuss der Bürger, Nationalgarden u. Studenten hat beschlossen, daß von nun an das Brot nach dem Gewichte, das Wiener Pfund als Einheit angenommen, verkauft werden solle, so daß jetzt das Gewicht fix und der Preis variabel sei. Die Ueberwachung der Bäcker und Vidualienhändler wird den Ausschussmitgliedern zur Pflicht gemacht. Alle Marktaufseher sind verpflichtet, auf Befehl eines Ausschussmitgliedes, das seine Karte vorzeigt, zum Genuße untaugliche Vidualien zu konfiszieren und der hiezu eigens niedergesetzten Kommission zu übergeben.



Re 4399